

Dringlichkeitsantrag

Das unterfertigte Mitglied des Gemeinderates stellt gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 den Antrag, nachstehenden Verhandlungsgegenstand:

„R E S O L U T I O N - Klares Nein zur Einsparung des Nachtdienstes in den Rot Kreuz – Dienststellen Schrems und Heidenreichstein“

in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates aufzunehmen und begründet die Dringlichkeit der Angelegenheit wie folgt:

„Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates,

ich stelle hiermit folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Gmünd möge beschließen:

R E S O L U T I O N

der Stadtgemeinde Gmünd betreffend „Klares Nein zur Einsparung des Nachtdienstes in den Rot Kreuz – Dienststellen Schrems und Heidenreichstein“

Mit großer Sorge haben wir ein den Bürgermeistern David Süß/Schrems und Bürgermeisterin Alexandra Weber/Heidenreichstein zugespieltes internes Dokument zur Kenntnis genommen, aus dem hervorgeht, dass ab 1. Jänner 2026 die Ortsstellen des Roten Kreuzes in Schrems und Heidenreichstein nachts zwischen 22:00 und 6:00 Uhr aus Kostengründen nicht mehr besetzt sein werden.

Sollten sich diese Pläne bewahrheiten, wäre dies ein weiterer massiver Einschnitt in die Gesundheits- und Notfallversorgung unserer Region – nach der bereits geplanten Schließung des Krankenhauses Gmünd. Gerade diese Kombination hätte gravierende Folgen: noch längere Anfahrtswege, zusätzliche Belastungen für den Rettungsdienst und ein deutlich erhöhtes Risiko für Patientinnen und Patienten.

Bereits jetzt wird die Anfahrt zum Krankenhaus Gmünd aufgrund interner Weisungen möglichst vermieden bzw. auf ein Minimum reduziert, indem andere Krankenhäuser angesteuert werden müssen.

Sollte das Krankenhaus Gmünd tatsächlich geschlossen werden, verschärft sich diese Situation weiter – insbesondere in zeitkritischen Notfällen.

Als Begründung für die geplanten Einschnitte werden unter anderem eine Evaluierung von Notruf Niederösterreich, ein Rückgang der Einsatzzahlen nach dem Ende der Pandemie, allgemeine Kostengründe sowie Einsparungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Rettungsdienstvertrag genannt.

Gleichzeitig geraten immer mehr Gemeinden finanziell unter Druck, da Umlagen und Beiträge – etwa im NÖKAS-System – kaum mehr leistbar sind.

Besonders betroffen wären nicht nur Schrems und Heidenreichstein selbst, sondern auch zahlreiche weitere Gemeinden, die derzeit von diesen Ortsstellen mitversorgt werden, darunter:

Kirchberg am Walde, Vitis, Amaliendorf-Aalfang, Brand-Nagelberg, Eggern, Gastern mit Ruders, Kautzen und Dobersberg. Diese Gemeinden liegen größtenteils in einer Grenzregion mit geringer Einwohnerdichte, in der längere Anfahrtszeiten ohnehin Alltag sind.

Wir halten klar fest:

Eine Reduktion der nächtlichen Besetzung gefährdet Reaktionszeiten, Versorgungssicherheit und letztlich Menschenleben. Gerade im ländlichen Raum darf Gesundheitsversorgung nicht weiter ausgedünnt werden.

Unverständlich ist diese Entwicklung auch angesichts des enormen Engagements der zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ortsstellen sowie der hervorragenden Nachwuchsarbeit, die seit Jahren geleistet wird. Dieses Engagement verdient Rückhalt – nicht Kürzungen.

Unsere Forderungen sind daher:

- eine sofortige und ernsthafte Einbindung der betroffenen Gemeinden,
- volle Transparenz über die geplanten Maßnahmen und deren Entscheidungsgrundlagen,
- eine Neubewertung der Einsparungen unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit im ländlichen Raum,
- sowie ein klares Bekenntnis von Land und den zuständigen Stellen zur flächendeckenden, 24-Stunden-Notfallversorgung.

Als erste Sofortmaßnahme fordern wir die Einberufung eines runden Tisches mit allen betroffenen Gemeinden, um gemeinsam mit dem Land Niederösterreich, dem Roten Kreuz und Notruf Niederösterreich tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Wie soll es weitergehen?

Diese Frage stellen wir nicht nur als Gemeindevertreter, sondern im Namen der gesamten Bevölkerung unserer Region. Gesundheitsversorgung darf keine Frage der Postleitzahl sein. Wir sind gesprächsbereit – aber wir werden nicht akzeptieren, dass die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiter geschwächt wird.

Hochachtungsvoll

Thomas Miksch
sowie die Stadt- und Gemeinderätinnen
und Gemeinderäte der SPÖ Gmünd